



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

17. Februar 2017

Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Trump: Was erwartet die Arbeiter in den USA – und bei uns?

Donald Trump wollte beweisen, dass er ein Mann der Tat ist – zumindest wenn es gegen die Migranten geht. Er hat alles Mögliche verkündet, allem voran, dass Staatsbürger aus dem Iran, Irak, Jemen, Syrien, Sudan, Libyen und Somalia nicht mehr in die USA einreisen dürften. Drei Wochen später jedoch hat er seine rassistische Anordnung noch immer nicht durchsetzen können. Stattdessen hat er eine Welle von Demonstrationen ausgelöst, wie es sie in den USA seit Jahren nicht gegeben hat.

Hunderttausende sind spontan auf die Straße gegangen. Empört, dass man die Bevölkerung ganzer Länder als Terroristen behandelt. Empört über die Willkür dieser Anordnung. Menschen, die zum Beispiel seit Jahren in den USA leben und nur ihre Verwandten im Jemen besucht hatten, durften nicht mehr zurück zu ihrer Familie in den USA.

Hunderttausende haben da entschieden, dass sie der Politik nicht nur zuschauen dürfen, sondern selber etwas unternehmen müssen. Und wer weiß, ob die Gerichte ohne die Proteste auch so einstimmig entschieden hätten.

Trump hat auch Gegenwind von vielen Unternehmern bekommen. Zwar haben die Konzernchefs normalerweise kein Problem damit, wenn die Politiker mit rassistischen Gesetzen die Arbeiter spalten und ablenken. Aber dass Fluggesellschaften zehntausende Passagiere verlieren sollten und Konzerne wie Ford oder Apple ihre Computerspezialisten mit syrischem Pass nicht mehr auf Geschäftsreise schicken oder ihre iranischen Geschäftspartner nicht mehr einladen können sollten, das wäre für ihre Geschäfte ein echtes Problem.

Die kapitalistische Klasse der USA ist dabei, Trump klar zu machen, dass er zwar im Wahlkampf alles erzählen durfte. Dass er aber, wenn er regieren will, die Politik umzusetzen hat, die sie von ihm verlangt.

Für die Arbeiter in den USA ist damit die Gefahr allerdings nicht vorbei. Denn Trump soll nicht nur wie sein Vorgänger Obama die Banken und Konzerne weiter mit Geschenken überhäufen und die Arbeiter noch ärmer machen. Es sieht so aus, dass die US-Konzerne Trump auch als Gelegenheit sehen, eine aggressivere Wirtschaftspolitik im In- und Ausland umzusetzen, die ihnen in der Krise Vorteile verschaffen soll.

Das fängt an mit Trumps Plänen, die letzten Regeln für die Banken abzuschaffen, die Steuern für Unternehmer von 35 auf 15% zu senken und die Arbeits- und Umweltschutzgesetze drastisch zu verschlechtern. Und vielleicht sogar höhere Zölle auf bestimmte Waren einzuführen, die ausländische Konkurrenten in die USA importieren, wodurch deren Preise steigen.

Für die Arbeiter würde dies höhere Preise, noch weniger Geld für Schulen und Krankenhäuser und noch schlechtere Jobs bedeuten. Und die rassistischen Angriffe auf die ausländischen Arbeiter kommen noch obendrauf.

Ob Trump diese Maßnahmen für die Kapitalisten allerdings widerstandslos durchsetzen kann, wird sich zeigen. Die Proteste der letzten Wochen waren jedenfalls kein schlechter Anfang.

In Deutschland haben fast alle Politiker und Konzernchefs ein starkes Europa „der Vernunft“ heraufbeschworen, das sich Donald Trump entgegenstellen und die Werte von Freiheit und Weltoffenheit verteidigen sollte. Doch Europa ist weder geeint, noch war es je von solchen Werten geleitet.

Deutschlands Wirtschaft ist eine Exportwirtschaft – mehr als quasi jede andere auf der Welt. Deshalb sind gerade die deutschen Konzerne gegen alle Zölle und anderen Maßnahmen, die es ihnen erschweren könnten, in die USA zu exportieren. Darum

und um nichts anderes geht es ihnen bei der Verteidigung von „Freiheit und Weltoffenheit“. Sie wollen die Freiheit verteidigen, weltweit zu exportieren und Gewinne zu machen. Und dafür sind auch sie zu einer aggressiveren Politik bereit.

Die Arbeiter haben bei diesem Kräftemessen um Zölle oder Freihandel nichts zu gewinnen. Denn die Verkäufe der Konzerne haben nichts mit der Sicherheit der Arbeitsplätze zu tun. VW hat so viele Autos verkauft wie nie, Siemens macht Rekordgewinne, und trotzdem vernichten sie zehntausende Jobs. In ihrer Auseinandersetzung geht es einzig um die Interessen der Unternehmer.

Die Interessen der Arbeiter hingegen schützt keiner der heute herrschenden Politiker. Ganz sicher kein Donald Trump. Doch auch nicht die, die sich wie Obama und Clinton, oder Merkel und Schulz besonnen und weltoffen geben.

Nicht nur, weil sie ihren Wählern mit ihrer arbeiterfeindlichen Politik schon so viele Enttäuschungen bereitet und damit zündelnden, gefährlichen Demagogen wie Donald Trump oder der AfD den Weg bereitet haben. Sondern auch, weil sie alle versuchen, uns in den immer aggressiveren Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten und ihren Staaten hineinzuziehen. Und weil sie alle vergessen machen, dass hinter ihnen eigentlich ganz andere die Macht haben, nämlich diejenigen, die das Kapital besitzen und damit das Recht und die Macht haben, über die wesentlichen Fragen der Gesellschaft zu entscheiden.

Wir Arbeiter dürfen die Politik nicht den Regierungen und Präsidenten überlassen. Wir müssen für unsere Interessen wieder zu kämpfen anfangen – gegen die wahren Machthaber, die kapitalistische Klasse. Bis dahin, dass es uns eines Tages gelingt, den Kapitalisten die Macht über die Konzerne und damit über die Gesellschaft wegzunehmen.

Israel/Palästina:**Keine „Wende“, aber eine Verschlimmerung der bisherigen Politik**

Der Machtantritt von Donald Trump und seine Aussagen, dass ihm ein eigener Staat für die palästinensische Bevölkerung nicht wichtig sei, hat die rechte israelische Regierung noch selbstsicherer gemacht.

Kaum war Trump offiziell Präsident, hat sie den Bau von weiteren 2.500 jüdischen Siedlungen im Westjordanland angekündigt – also auf dem Gebiet, das den Palästinensern eigentlich für ihren künftigen Staat versprochen wurde. Die israelische Regierung hat außerdem den Landraub durch jüdische Siedler nachträglich legalisiert: Diese Extremisten, die einfach Palästinenser von ihren Privatgrundstücken vertrieben und dort ihre Wohnhäuser gebaut haben, können sich nur bestätigt fühlen.

Trump's Präsidentschaft hat die israelische Regierung angespornt, die Politik noch schneller voranzutreiben, die sie schon seit vielen Jahren verfolgt: Sie will so viele jüdische Siedlungen im Westjordanland bauen, dass dort ein palästinensischer Staat, wie er den Palästinensern zugesprochen wurde, unmöglich wird. Dass man sagt: „Im Westjordanland wohnen jetzt so viele jüdische Siedler, das Land muss also weiterhin zu Israel gehören.“ Und dieses Ziel haben sie schon weitgehend erreicht.

Mit dieser Politik haben sie das Leben der Palästinenser im Westjordanland zur

Hölle gemacht. Nach außen hat die israelische Regierung das Westjordanland mit einer Mauer vom übrigen Israel abgeschildert, um die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland festzuhalten. Und im Inneren baut sie auf allen fruchtbaren Landstücken jüdische Siedlungen, ebenfalls umgeben von Zäunen und Militär, die die Landereien der Palästinenser in Stücke reißen, ihnen die Wasserquellen wegnehmen, zum Teil ihre Felder abschneiden und ihnen oft verbieten, auch nur ein Haus zu bauen.



Diese brutale Unterdrückung ist dem israelischen Staat nur möglich, weil er seit Jahrzehnten die bedingungslose Unterstützung der imperialistischen Staaten hat, allen voran der USA. Das

Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat ist für alle Imperialisten schon seit Jahrzehnten nur ein leeres Wort gewesen. Während der israelische Staat allein in den letzten drei Jahren 6.500 Siedlungen gebaut und damit die Lebensgrundlage der Palästinenser und jede irgendwie realistische Grundlage für einen eigenen Palästinenserstaat noch weiter zerstört hat, hat Obama eben diesem israelischen Staat... 38 Milliarden Dollar zur Unterstützung der israelischen Armee zugesichert!

Denn der israelische Staat ist seit Jahrzehnten der sicherste Verbündete der USA in der gesamten arabischen Region. In der Region isoliert und wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollkommen abhängig von den USA, konnte sich die US-Regierung immer darauf verlassen, dass Israel in der arabischen Region die Politik vertritt, die die USA erwartet. Und dafür nehmen die imperialistischen Staaten billigend in Kauf, dass ein ganzes Volk ihres Landes und ihrer Lebensgrundlage beraubt, ja in Ghettos eingesperrt und in einem Apartheidstaat unterdrückt wird.

Solange diese imperialistische Machtpolitik regiert, gibt es für die palästinensische Bevölkerung keine Lösung. Und auch nicht für die israelische Bevölkerung, so sehr stimmt der Satz von Karl Marx, dass ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selber nicht frei sein kann.

Rumänien: Nach den erfolgreichen Protesten gegen die Regierung – wie weiter?

Seit mehreren Wochen gehen in Rumänien Menschen gegen die Regierung auf die Straße. Letzte Wochen waren es Hunderttausende. Sie forderten, dass die sozialdemokratische Regierung ein Gesetz zurückzieht, was sie ganz diskret durchsetzen wollte. Nach diesem Gesetz sollten Politiker nicht mehr für Korruption bestraft werden, und bereits verurteilte Politiker sollten eine Amnestie erhalten!

Die Korruption durchzieht in Rumänien alle Behörden, von der örtlichen Polizeiwache bis zum Parlament. Die Leidtragenden sind die einfache Bevölkerung. Es fängt schon damit an, dass sie die Bestechungsgelder für eine Grundstücksurkunde oder eine OP im Krankenhaus oft nicht aufbringen können. Vor etwas über einem Jahr waren bereits über 100.000 Menschen gegen die Korruption auf die Straße gegangen, nachdem 64 Menschen bei einem furchterlichen Feuer in einer Diskothek gestorben waren, die der Besitzer mit ein bisschen Schmiergeld hatte öffnen dürfen, obwohl es keine einzige Brandschutz-Maßnahme dort gab.

Nachdem die Proteste der letzten Wochen immer weiter angewachsen waren, hat die rumänische Regierung ihr geplantes Gesetz zurückgenommen. Doch noch immer gehen in Rumänien Leute auf die Straße. Denn im Grunde geht es um mehr als um das Gesetz. Es geht um die Unzufriedenheit, vor allem über die Armut, an der sich entgegen der Hoffnungen vieler auch mit dem Beitritt zur EU nichts geändert hat. Der EU-Beitritt hat hauptsächlich den deutschen, österreichischen und französischen Unternehmen, vor allem den Handelsketten neue Absatzmärkte beschert und es den westlichen Banken noch einfacher gemacht, den Menschen in Rumänien Kredite anzudrehen und seitdem über die Zinsen jeden Cent aus ihnen herauszusaugen, was sie noch ärmer macht.

Was man hoffen kann ist, dass die erfolgreichen Proteste einem Teil der Bevölkerung in Rumänien Lust gegeben haben, sich mehr einzumischen. Denn über die schockierenden Korruptions-Affären der Politiker hinaus ist es nötig, dass insbesondere die Arbeiterklasse ihren eigenen Forderungen auf dem Gebiet der Löhne, der Arbeit und der Lebensbedingungen Gehör verschafft.

Kein Arbeiter darf die Zeche bezahlen – weder bei Opel noch bei PSA!

Seit General Motors angekündigt hat, Opel und Vauxhall vielleicht an den französischen Autokonzern Peugeot-Citroen (PSA) zu verkaufen, sorgen sich alle Arbeiter um die Zukunft. Viele stellen sich die Frage: Wie viele Entlassungen und vielleicht sogar Werkschließungen planen die Chefetagen der beiden Konzerne im Zuge einer solchen Fusion?

CDU-Kanzlerin Merkel, SPD-Wirtschaftsministerin Zypries und andere Politiker versuchen sich bei diesen Verhandlungen zwischen dem französischen und amerikanischen Konzern als Beschützer der „deutschen Arbeitsplätze und Standorte“ aufzuspielen. Ach ja? Wo war ihre Sorge um die deutschen Arbeitsplätze, als der deutsche VW-Konzern die Vernichtung von 30.000 Stellen angekündigt hat?

In Wahrheit aber hat keiner der Politiker Einfluss: Welche Betriebe geschlossen werden, wo Arbeiter entlassen werden sollen, entscheiden in diesem System ausschließlich die Chefetagen der Konzerne.

Und die entscheiden das auch nicht nach „patriotischen Gefühlen“. Nur weil Peugeot-Citroen ein französischer Konzern ist, sind die französischen Arbeiter dort nicht weniger von Entlassungen und Werkschließungen bedroht, als die deutschen. Peugeot-Citroen hatte auch keine Skrupel, im Jahr 2014 das Werk Citroen-Aulnay bei Paris zu schließen, in

den letzten Jahren 17.000 Arbeitsplätze in Frankreich zu vernichten und die Löhne einzufrieren – angeblich, weil es PSA so schlecht gehe.

Seitdem war angeblich nie Geld da für Lohnerhöhungen oder Einstellungen.

Frage abzulenken und die Arbeiter zu schwächen.

Der Markt für Autos in Europa ist gesättigt: Die Autokonzerne können die Anzahl der verkauften Autos nicht mehr viel steigern. Sie können ihre Profite daher nur noch erhöhen, indem sie mit allen Methoden dafür sorgen, die gleiche Anzahl von Autos mit immer weniger Arbeitern in immer weniger Fabriken herzustellen. Opel hat auf den Knochen der Arbeiter dafür gesorgt, dass die zwei Werke Rüsselsheim und Eisenach so viele Autos produzieren können wie vorher in drei Werken, sodass sie Opel Bochum schließen konnten.

Sie organisieren dafür die Arbeit anders, sparen jeden „überflüssigen“ Handgriff am Fließband ein, erhöhen das Arbeitstempo, verpflichten die Arbeiter zu zusätzlichen Samstagschichten und stellen gerade am Band viele Leiharbeiter ein, die sie noch stärker unter Druck setzen, schneller und mehr zu arbeiten.

Diese Ausbeutung überall noch weiter zu verschärfen und so noch mehr Werke zu schließen, ist ein wichtiges Ziel ihrer Fusionen. Sich dem entgegenzustellen, können die Arbeiter nur, wenn sie zusammenhalten. Und dabei haben die Arbeiter in Deutschland und Frankreich sowie an allen übrigen Standorten von PSA, Opel und Vauxhall die gleichen gemeinsamen Interessen: Alle Werke, Arbeitsplätze und Löhne müssen erhalten bleiben – an allen Standorten!



2013/4: Opel schließt das Werk in Bochum, PSA das in Aulnay

Doch heute kann derselbe PSA-Konzern plötzlich Milliarden auf den Tisch legen, um einen anderen Konzern aufzukaufen.

So zu tun, als stünden bei dieser Fusion die Interessen der deutschen und französischen Arbeiter gegeneinander, heißt bewusst von der eigentlichen

Briefkastenfirma BASF?

Steueroasen, da denkt man an ferne Inseln. Doch eine Steueroase ist direkt vor unserer Haustür: die Stadt Monheim bei Leverkusen. Sie hat einen der niedrigsten Steuersätze in ganz Deutschland. Und deshalb haben vor allem zahlreiche Chemiekonzerne Firmensitze offiziell nach Monheim verlagert. Oxea hat seinen Hauptsitz hierhin verlagert, Bayer, BASF und Henkel den Sitz von gleich mehreren größeren Tochterfirmen. Zum Teil haben sie nur einen Briefkasten in Monheim, aber sparen dadurch hunderttausende Euro Steuern.

Die Steueroasen sind eins der vielen bewährten Mittel, wie die Konzerne ihre Gewinne noch ein Stück weiter erhöhen können. Sie sind ein fester Bestandteil im Kapitalismus. Und auch wenn die Politiker hier gegen ferne Steueroasen wettern, sorgen sie für die Oasen der Kapitalisten – auch vor der Haustür.

Wer sagt noch Krankenhaus?

Dank der gezielten Privatisierungs-Politik der Regierung gehören mittlerweile ein Drittel der Krankenhäuser privaten Unternehmen. Und fast alle sind in den Händen von nur fünf großen Konzernen: Helios Fresenius, Rhön, Sana, Asklepios und Schön. Das sind nicht irgendwelche Konzerne. Hinter Helios und Rhön stehen zum Beispiel Firmen, die Medizinprodukte wie Dialysegeräte herstellen und Krankenhäuser ausstatten. Die Konzerne profitieren also gleich doppelt. Mit brutalen Sparmaßnahmen und Ausbeutung pressen sie Gewinn aus den Krankenhäusern, den sie auf die Konten der Aktionäre leiten. Und dann nutzen sie die gekauften Krankenhäuser als neuen Absatzmarkt, auf dem sie ihre Geräte und Medikamente teuer verkaufen können.

Also, der Name Krankenhaus ist da wirklich veraltet. Aktionärs-Sanatorium wäre passender.

Über eine Million Leiharbeiter in Deutschland!

Zum ersten Mal waren Anfang 2017 über eine Million Arbeiter in Deutschland Leiharbeiter – ein neuer, trauriger Rekord!

Bis 1972 war die Leiharbeit in Deutschland noch komplett verboten. Nach und nach haben die CDU- wie SPD-Regierungen sie stückweise erlaubt, und 2003 hat die Schröder-Regierung alle Beschränkungen der Leiharbeit abgeschafft. Seitdem ist die Zahl der Leiharbeiter explodiert, und zwar allen voran in der Metall- und Elektroindustrie. Hier arbeitet ein Drittel aller Leiharbeiter, vor allem in den Autofabriken und im Maschinenbau.

Gerade in diesen Branchen hatten die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten ein etwas besseres Kräfteverhältnis gehabt und daher ein bisschen bessere Löhne und etwas geregeltere Arbeitsbedingungen durchsetzen können als in anderen Branchen. Mit der Leiharbeit haben die Bosse angefangen, diese Löhne und Arbeitsbedingungen systematisch zu zertrümmern.

Mittlerweile arbeiten in der Metall- und Elektroindustrie hunderttausende Arbeiter, die statt den durchschnittlichen 3.100 Euro nur 1.800 Euro Brutto bekommen. Die unter so viel Druck und so viel schlechteren Bedingungen arbeiten, dass sie sich 60% häufiger auf der Arbeit verletzen und 60% häufiger Muskel-Skelett-Erkrankungen bekommen.

Und der Plan der Bosse ist, zunächst auf diese Weise Druck auf alle Arbeiter auszuüben und die Löhne und Arbeitsbedingungen von allen zu verschlechtern... und uns irgendwann alle wie Leiharbeiter einstellen und rausschmeißen zu können.

Eben weil die Kapitalisten die Leiharbeit als Waffe brauchen, werden wir vergeblich darauf warten, dass die herrschenden Politiker sie verbieten oder auch nur einschränken. Im Gegenteil, sie werden den Bossen weiter dabei helfen, diese Arbeitsbedingungen der modernen Sklaverei immer mehr auf alle von uns ausweiten... bis wir Arbeitenden selber dagegen den Kampf aufnehmen.

„Ein Tag ohne Einwanderer“ – und es läuft nichts

Der amerikanische Fast-Food-Ketten-Besitzer Andrew Pudzer wird nun doch nicht der Arbeitsminister von Donald Trump. Er musste sich zurückziehen, nachdem bekannt geworden ist, dass er jahrelang eine Einwanderin ohne Papiere als Dienstmädchen in seinem Haushalt beschäftigt hat. Und reden wir gar nicht von den tausenden Immigranten mit und ohne Papiere, die in seinen Fast-Food-Ketten für Niedriglöhne schuften!

In ihren Wahlkämpfen tun diese rechten Demagogen so, als wären die ausländischen Arbeiter ein „Problem“, dass man bekämpfen müsse. In Wahrheit würden ohne die Arbeit der vielen Migranten weder ihre Unternehmen laufen, noch ihre Wäsche gewaschen, noch ihr Abendessen serviert werden.

Um daran zu erinnern, haben am Donnerstag, den 16. Februar, zehntausende

Arbeitende in den USA zu einem „Tag ohne Einwanderer“ aufgerufen. Statt zu arbeiten, haben sie gestreikt und demonstriert. Geschäfte und Schulen blieben geschlossen. Die beste Antwort auf Trumps Einwanderungspolitik!



Jeder Lohn muss mindestens zum Leben reichen!

7,4 Millionen Arbeiter in Deutschland machen einen Minijob. Für über 5 Millionen von ihnen ist es kein Nebenjob, sondern ihre einzige Arbeitsstelle – weil die Bosse so viele Vollzeit-Arbeitsplätze in billigere und flexiblere Minijobs umgewandelt haben. Ihr einziger Lohn ist damit der, den sie mit dem einen oder mehreren Minijobs verdienen.

Und gerade da bekommen sie oben drein oft nicht einmal den Mindestlohn. Für die Unternehmer ist es bei einem Minijob nämlich besonders leicht, bei den Arbeitszeiten zu betrügen – den Arbeiter offiziell nur 4, aber in Wahrheit 6 Stunden arbeiten zu lassen. So haben sie es geschafft, dass über die Hälfte der Minijobber immer noch weniger als 8,50 Euro die Stunde bekommt.

Auf diese doppelte Ausbeutung der Unternehmer gibt es nur eine Antwort: Wir brauchen für unsere Arbeit keinen Mindest-Stundenlohn, sondern einen Mindestlohn für den ganzen Monat. Einen Monatslohn, den der Unternehmer jedem (!) Arbeiter mindestens zahlen muss und von dem man Miete, Lebensunterhalt und die Bedürfnisse der Familie bezahlen kann!

Steinmeier: Wird die Miete vom Amt übernommen?

Nun ist Frank Walter Steinmeier also Bundespräsident. Einer der engsten, langjährigen Vertrauten Gerhard Schröders, der als Schröders Kanzleramtschef maßgeblich die Gesundheitsreform, die Rentenreform und die vor allem Hartz-Reformen, von den Minijobs bis zu HartzIV, ausgearbeitet hat, zieht nun ins Schloss Bellevue. Hmm, 50 Zimmer, Küche, Bad... ob dem Hartz-Reformer so eine große Wohnung wohl vom Amt genehmigt wird – oder muss er wieder ausziehen?

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!